



Pressemitteilung

Northeim, 4. September 2007

EIGENVERANTWORTLICHE SCHULE LÖST PROBLEME NICHT GRUPPE SPD/GRÜNE IM KREISTAG KRITISIERT EINFÜHRUNG DER EIGENVERANT- WORTLICHEN SCHULE ALS SCHEINREFORM

Northeim Die Einführung der so genannten eigenverantwortlichen Schule mit dem Beginn des Schuljahres 2007/08 in Niedersachsen droht aus der Sicht der SPD und der Grünen im Northeimer Kreistag zu einem Flop zu werden, wenn die Landesregierung nicht an entscheidenden Stellen Nachbesserungen vornimmt. Das als Modernisierung von CDU und FDP verkaufte Konzept sei zunächst nichts anderes, als die Verlagerung von Landesaufgaben der staatlichen Schulaufsicht, die früher von den Bezirksregierungen wahrgenommen wurden, in die Schulen. Für die zusätzlichen Verwaltungstätigkeiten werden diesen aber keine angemessenen Entlastungen in Form von Lehrerstunden oder finanziellen Hilfen zur Verfügung gestellt. Dies gehe eindeutig zu Lasten der Schulqualität, die doch gerade mit der Änderung des Schulgesetzes verbessert werden solle. Dazu erklärte Dr. Hermann Weinreis (Uslar), der bildungspolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion: „Solange die politisch Verantwortlichen im Land den Bedarf der Schulen durch zu hohe Schülerzahlen pro Klasse und das Streichen von Entlastungsstunden für zusätzliche Tätigkeiten der Lehrer kleinrechnen, läuft Eigenverantwortung auf Mangelverwaltung hinaus und hat den Namen nicht verdient. Die Regierungskoalition hat sich die Wiedereinführung des gegliederten Schulsystems auf die Fahnen geschrieben und dabei die individuelle Förderung von Schülern aus dem Auge verloren.“

Die Gruppe kritisiert darüber hinaus die auch im Landkreis Northeim deutlich erkennbare und von der rückschrittlichen Bildungspolitik des Landes provozierte Krise der Hauptschule. Rückläufige Schülerzahlen insgesamt und bei den Schulanfängern in den fünften Klassen gefährden den Bestand vieler Hauptschulen und beweisen, dass der Elternwille und der demografische Wandel sich anders auswirken, als vom Kultusministerium unterstellt. Pragmatische und Standort erhaltende Lösungen wie die Kooperation von Haupt- und Realschulen werden landesseitig eher mit Argwohn verfolgt, weil sie faktisch auf eine nicht gewollte Integration von Schulformen hinauslaufen. Torsten Seidel (Grüne): „So belegt auch die offensichtliche Attraktivität der KGS Moringen, dass integrative bzw. kooperative Systeme mit hoher Durchlässigkeit von vielen Eltern und Schülern gewünscht werden. Nicht zuletzt der Erfolg der Außenstellen-Lösung an der Novalis-Schule in Nörten-Hardenberg mit dem Nebeneinander von Hauptschul- Realschul- und KGS-Klassen muss so beurteilt werden.“

Fraktionsvorsitzender
Martin Wehner
Carl-Maria-von-Weber-Str. 24
37574 Einbeck
Tel. (0 55 61) 97 22 03
eMail: martin.wehner@t-online.de

Fraktionsgeschäftsführer
Simon Hartmann
Braunschweiger Gasse 3
37154 Northeim
Tel. (0 55 51) 98 85 88
Handy 0176 / 211 35 077
eMail: simon_hartmann@t-online.de

Büroadresse:
Scharnhorstplatz 8, 37154 Northeim
eMail:
info@spd-kreistagsfraktion-northeim.de
Internet:
www.spd-kreistagsfraktion-northeim.de

Die Gruppe fordert die Landesregierung auf, ihre starre Haltung hinsichtlich der Schulformen aufzugeben und die Schulträger vor Ort mitentscheiden zu lassen, welche Schulangebote vorgehalten werden sollen. Dies gelte vor allem für das Verbot, Gesamtschulen zu errichten, aber auch für andere Formen der Zusammenarbeit. Das Errichtungsverbot werde auch von immer mehr Eltern als unerträgliche Bevormundung empfunden. Den neuen Schulvorständen müssten echte Spielräume der Entscheidung ermöglicht werden und die Hauptschulen seien nur mit einem gänzlich geänderten Konzept zu retten.

gez. Dr. Hermann Weinreis
Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion